1.Ausgabe | Mai 1989 | Einzelpreis Zwei Mark





Editorial

Ein neues Projekt

Die Wahlerfolge am rechten Rand zeigen: Es ist dem Neofaschismus in einem qualitativ neuen Ausmaß gelungen, Massenstimmungen für sich zu organisieren.
Ausländerfeindlichkeit und Asylantenhetze haben durch CDU-Politik Schubkraft bekommen und die wahlpolitische Landschaft am rechten Rand aufgelockert.
Soziale Ausgrenzung, gesellschaftliche Ablehnung und Isoliertheit, politische Orientierungslosigkeit, sowie ideologische und psychologische Prägung in dieser Gesellschaft tragen zur Herausbildung des sich täglich reproduzierenden Potentials neofaschistischer Gruppierungen bei.
Dieses Potential ist mobilisierungsfähig in mehrfacher Hinsicht. Als Gewaltreserve gegen Linke und Minderheiten. Als Wählerreservoir. Als gesellschaftlicher Stimmungserzeuger.
Dagegen steht ein gewachsenes antifaschistisches Bewußtsein. Wo immer sich der rechte Rand aus der Anonymität hervorwagt, treten ihm schon vor Ort antifaschistische Kräfte gegenüber und drängen ihn in die Defensive. Diese Initiativen wirken bisher mit unterschiedlichem Erfolg. Immer aber mit dem Effekt, daß die Neonazis kaum noch irgendwo ungestört ihre Propagandaveranstaltungen abhalten können.
Gleichsam hat gerade hier antifaschistische Arbeit noch Defizite.
Es ist an der Zeit, dem Erfahrungsaustausch und der Aktionsbörse, der Information, dem Dialog und der Kontroverse aller antifaschistischen Kräfte in Niedersachsen ein Instrument zu schaffen. Strömungsübergreifend und ohne Ausgrenzung.
Mit dieser ersten Ausgabe vom "Rechten Rand" wollen wir zeigen, wie solch ein Projekt aussehen könnte. Wir laden ein zum Lesen und fordern auf zu konstruktiver Kritik. Wir fordern auf zur Mitarbeit und laden ein zur Mitträgerschaft.

Die Initiatoren:

Wolfgang Becker · Rolf Bode · Alfred Melmster · Klaus Harbart · Jürgen Trittin · Karl-Heinz Vach

Diskussion ✍ Aktionen ✍ Recherchen

Inhalt

Impressum

Der Rechte Rand
Rolandstraße 16
3000 Hannover 1

Postscheckkonto
Nr. 44 55 86-301
BLZ 250 100 30

Auflage: 3000
Eigendruck

V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

Seite 2 BILD am SONNTAG, 23. April 1989

Will Schönhuber Albrecht stürzen?

Moritz von Craun

Knobel-Kurt brockelt wieder

REP-Geheimplan enthüllt

Die REP sind sich sicher, in den nächsten Landtag einzuziehen. Ihr Landesvorsitzender gab sich vor der Presse siegessicher: "Wir haben einen einschlägig ausgewiesenen under-cover-Spezialisten gewinnen können, der uns den Einzug garantiert. Ein Mann, von dem der Verfassungsschutz nur träumt."

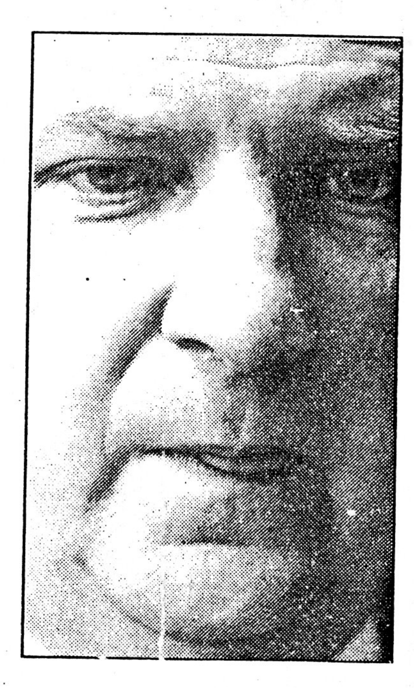
Dem RECHTEN RAND ist es jedoch gelungen, den Geheimplan der REP zu enthüllen. Zentraler Ansatz zur Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde und zur Ausschaltung der rechten Konkurrenz soll das "Brockeln" werden. Zentralfigur hierbei ist der Bürgermeister der gleichnamigen Gemeinde. Knobel-Kurt ist der Trumpf im Ärmel der Partei um den SS-Mann Schönhuber.

Während alle Welt noch lautstark über die angeblichen Abwanderungstendenzen des CDU-Landtagsabgeordneten spekuliert, ist das Abkommen zwischen REPs und dem Rotenburger Schweinezüchter schon geschlossen. Knobel-Kurt soll im Europawahlkampf flächendeckend Altersheime, Bauernschänken und Aussiedlerwohnheime aufsuchen und in seiner bekannt zwingenden Art die Menschen zur Stimmabgabe für die CDU "überreden". Die Damen und Herren könnten bei ihm auch gleich für ihre Kinder, Enkel und den Dackel die Stimme abgeben.

Knobel-Kurt hat sich hierbei verpflichtet, in seinem Audi nur "mit Fahne" vorzufahren. Gegen Sonderprämie erklärt er sich auch bereit, im Hinterhof dieser Einrichtungen mit Bierkisten zu randalieren und sich auf körperliche Auseinandersetzungen mit Polizeibeamten einzulassen. Selbige werden aus dem Mitgliederstamm der REP rekrutiert.

Zum nützlichen Idioten in diesem Plan soll der EXTRA-3-Reporter Hinrich S. gemacht werden, welcher auf einen gezielten Tip erneut die Verfolgung des "Wahlfälschers der CDU" aufnehmen und die neusten Eskapaden medienwirksam auf die Mattscheibe bringen soll.

"Für Sauberkeit in der Politik! Wir Republikaner distanzieren uns entschieden von den CDU-Machenschaften zur Sicherung ihrer Mehrheiten. Wahlfälschung und Betrug sind die Methoden der Alt-Parteien. Wählt REP!" — so lautet die bereits vorbereitete Pressemitteilung zu dieser Enthüllung von Knobel-Kurts neusten Untaten. Zum Ausgleich wird diesem ein lebenslanges Bleiberecht in Schönhuber's Ferienhaus an der türkischen Adria gewährt, sowie eine Aufstockung seiner Landtagsrente auf den Höchstbetrag — heißt es in der "Rotenburger Wahlplan" genannten Geheim-Vereinbarung.



Andreas P. Zaleshoff · Klaus Harbart

Die Republikaner: Wie aus Nazis "Demokraten" werden

Auch in Niedersachsen haben Neofaschisten Unterschlupf und Einfluß bei den "Republikanern" (REP) gefunden.

Nach dem Parteiaustritt der stellvertretenden Landesvorsitzenden der REP-Westberlin, Alexandra Kliche, wegen der "Leute aus der neonazistischen Szene", kommt die braune Vergangenheit zahlreicher REP-Funktionäre erneut in die Diskussion. Die bereits bekanntgewordene NPD-Vergangenheit führender Funktionäre (u.a. des Bundesparteisprechers Harald Neubauer und des Berliner Geschäftsführers Rudolf Kendzia) wird von der Parteileitung als Ausnahme von der Regel bezeichnet: "Wir hatten am Anfang in der Tat einige Leute, die sich bei uns eingeschlichen haben, die wir aber mit Härte entfernt haben." — "Mehr als die Hälfte unserer Mitglieder sind Staatsdiener. Wie sollten wir denn rechtsextrem sein?" (Schönhuber)

Gegen den Vorwurf, "rechtsradikal" oder "braun" zu sein, wehrt sich auch der niedersächsische REP-Landesvorsitzende Norbert Margraf. Der 59jährige Möbelfabrikant und Vorsitzende des Bezirksreiterverbandes aus Heemsen hat darin schon reichlich Übung. Bereits 1966 verteidigte er die neofaschistische NPD mit dem Hinweis, "daß wir eine nationale und demokratische Partei sind, die unserem Staat dienen möchte, wie die anderen auch Parteien auch". Marggraf, der sich heute über seine politische Vergangenheit ungern äußert, war sogar NPD-Kreisvorsitzender in Hannover-Stadt und kandidierte 1974 für die NPD zum Niedersächsischen Landtag, bevor er "Republikaner" wurde.

Da wundert es nicht, wenn der hannoversche REP-Kreisvorsitzende, Günter Lüdtke, erklärt, daß er nichts gegen "ganz einfache NPD-Mitglieder" habe. Immerhin stammen neben Margraf nach eigenen Aussagen 12,5% der niedersächsischen REP-Mitglieder aus dieser Partei. Und dabei handelt es sich nicht nur um "ganz einfache NPD-Mitglieder".

So war beispielsweise der Stader REP-Kreisvorsitzende Frank Meyer zuvor Kreisvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD. Heute steht er als einziger Kandidat aus Niedersachsen auf Platz 9 der Liste der REP zur EG-Wahl.

Dessen politische Vergangenheit teilt der stellvertretende REP-Kreisvorsitzende in Osnabrück, Jos Berstermann. Er gehörte gar zum Bundesvorstand der JN und war Mitglied im NPD-nahen "Unabhängigen Schülerbund", in dem der NPD-Chefideologe Hans-Michael Fiedler (Alfeld/Friedland) versuchte, eine programmatische Modernisierung und Fassadenerneuerung durchzusetzen. Das Bündnis mit der an der NS-Vergangenheit orientierten DVU um den "NS-Devotionalienhändler" (so Schönhuber) Gerhard Frey wirkt da störend, und so wechselte Berstermann zur Konkurrenz, die (noch) unverdächtiger ist.

Auf der anderen Seite stehen aber auch zahlreiche Funktionäre, für die die "Entsorgung" der deutschen Vergangenheit ein Herzensanliegen ist. Zu ihnen gehört Karl Weidemann, Nerzfarmbesitzer und REP-Kreisvorsitzender für Hannover-Land. In teilweise ganzseitigen Anzeigen in der Lokalpresse versucht er seine Ansichten unter das (Wähler-)Volk zu bringen. Die deutsche Schuld am II. Weltkrieg existiert für ihn nur als angebliche, lieber noch ist ihm die Bezeichnung "Kriegsschuldlüge". Die Behauptungen der geschichtsrevisionistischen "Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt" erhebt Weidemann unverfroren zu "amtlichen Erhebungen". Als sachkundigen Zeugen für die Kriegsschuld der Gegner Nazi-Deutschlands benennt Weidemann u.a. den Nürnberger Rechtsanwalt Eberhard Engelhard, Mitglied der neofaschistischen "Gesellschaft für freie Publizistik" und Freund des NSDAP/AO-Aktivisten Erwin Schönborn. Da wundert es auch nicht, wenn er den "Neonazi in der Anwaltsrobe" (Die Zeit), Jürgen Rieger, gegen den Vorwurf des Rechtsextremismus in Schutz nimmt und ihn als "bekannten und angesehenen Rechtsanwalt"

Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Die **Jugendgruppe Hannover** lädt ein
zur
Diskussion

- Die Jugend fragt -
junge Nationaldemokraten antworten -

am Montag, dem 3. Oktober 1966, 20.00 Uhr,
im Hans Sachs Haus, Hannover, Odeonstr. 3, Nähe Steintor

Jugendgruppe Hannover
Peter Lauer

Der **Bezirksverband Hannover** lädt ein
zur
Diskussion

Wir wollen jedem Gelegenheit geben, mit uns diskutieren zu können, um sich Aufklärung über unsere Stellung zu politischen Fragen zu verschaffen.

Wir laden Sie daher ein zu unserem nächsten Mitgliedertreffen

am Montag, dem 10. Oktober 1966, 20.00 Uhr,
im Bäckeramtshaus, Hannover, Herschelstr.

Bezirksverband Hannover
N. Margraf



Alter Wein in neuen Schläuchen

bezeichnet. Bereits einschlägig bekannt gewordene Rechtsanwälte scheinen für die Republikaner eine interessante Zielgruppe zu sein. So wurde dem aus Uslar stammenden Rechtsanwalt Klaus Kunze in der Aprilnummer der Parteizeitung "Der Republikaner" eine ganze Seite zur Verfügung gestellt. Der Verteidiger des hannoverschen FAP-Kameradschaftsführers Siegfried Müller, des FAP-Landeskassierers Karl Polaczek und des NPD-Ideologen Hans-Michael Fiedler zeigt geistige Verwandschaft zu seinen Mandanten, wenn er eine Justiz beklagt, die "mit Mitteln des Strafrechts gewisse Behauptungen zur jüngeren Vergangenheit als historische Wahrheit verteidigt und wegen Beleidigung verurteilt, wenn jemand anders rechnet."

Mangelnde Distanz zur militanten Neonazi-Szene zeigte auch der Rechtsanwalt Jörg Grabowski bei einer REP-Veranstaltung in Göttingen, als er erklärte, daß man die FAP nicht unterstütze, aber auch nichts gegen sie sage. Gefragt sind nämlich bei den Republikanern "gute Deutsche", so Dieter Biernath. "Warum (haben) immer nur Deutsche Schuld?" fragt er in der Rotenburger Kreiszeitung und fährt fort: "Haben wir Deutschen nicht den Juden die Hand zur Versöhnung entgegengestreckt? Man hat uns draufgespuckt." Er versichert: "Wir werden immer dann die Stimme dagegen erheben, wenn wieder jemand alleinige deutsche Schuld bekennt."

Uns graust vor solch guten Deutschen, deren Programm extremer Nationalismus in Verbindung mit offenem Rassismus ist. Guten Deutschen, denen schon CDU-Ministerpräsidenten in der Demagogie nacheifern wie der ewig lächelnde Ernst Albrecht, der im Landtag davon sprach, die Fremdenfurcht sei "genetisch bedingt". Nachgelesen haben könnte er diese Erkenntnis in einem Republikaner-Aufsatz des Lübecker Internisten Horst Hagen, der in seiner Parteizeitung eben diese Erkenntnis verbreitete. Des "pietistisch gemilderten Sozialdarwinismus" wurde Albrecht deshalb vom Fraktionssprecher der Grüne geziehen. Wir stimmen in der Sache zu, sehen jedoch die Milderungsgründe nicht.

Der Griff in die Mottenkiste — das Programm der Republikaner

Menschenrechte nur für Deutsche?
"Die Republikaner als eine deutsche Partei setzen sich für das Lebensrecht und die Menschenrechte aller Deutschen im Sinne des Grundgesetzes ein..."

Verharmlosung von Naziverbrechen!
"Die Kriegspropaganda der Siegermächte ist in unsere Geschichtsbücher eingegangen, und ihre Übertreibungen und Fälschungen müssen von der Jugend weitgehend geglaubt werden, da eine objektive Geschichtsschreibung immer noch nicht in vollem Umfang ermöglicht wird."

Volksgemeinschaft wieder gefragt?
"...Staatsräson und Gemeinwohl (haben) Vorrang vor Parteiräson und Gruppeninteressen (...) Zur Schaffung einer solchen Sozialordnung werden wir für eine Änderung des Bewußtseins Sorge tragen, damit das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Leistungsgemeinschaft aller Arbeitenden und die Arbeit neben ihren materiellen Zwecken auch als eine Form der Selbstbestätigung und Persönlichkeitsbildung erlebt wird."

Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte!
"... Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, welche in parteipolitischer Neutralität ihre Tätigkeit auf das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen der Arbeitsstätten beschränken und den Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils behandeln"
"...wobei wir nur in besonderen Härtefällen eine Unzumutbarkeit des Arbeitspostens zulassen und ein Recht auf Beschäfigung bzw. Unterstützung mit der Pflicht zur Arbeit verbinden..."

Ausländer — rechtlose Arbeitssklaven?
"Ausländer sind Gäste. Dieses schließt ... unbefristete Arbeitsverträge und Konzessionsvergaben, Daueraufenthalt, Familienzusammenführung und Sozialleistungsansprüche aus. Wahlrecht und Parteimitgliedschaft für Ausländer sind abzulehnen. Lernende und studierende Ausländer kehren nach Beendigung ihrer Ausbildung in ihre Heimatländer ebenso zurück wie nach geltendem Recht arbeitslose Ausländer."

Heim und Herd — die Berufung der Frau!
"Es ist jedoch insbesondere der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welchem Familie und Kinder gedeihen können. Hier liegt die besondere und von keinem Hausmann' oder Kollektiv erfüllbare Berufung der Frau.
Diejenige Frau, welche sich gleichzeitig in Ehe, Familie und Beruf zu bewähren sucht, leidet oft an dieser Mehrfachbelastung und Selbstüberforderung. Sie fühlt sich ebenso unerfüllt — was oft zu psychischen Schäden führt — wie diejenige Frau, welche im Beruf alleinige Befriedigung sucht."

Vorbereitung auf den Krieg?
"Die illegale, unnatürliche und gewaltsame Zerstückelung des deutschen Volkes und seines Landes im Herzen Europas ist eine Gefahr für den Frieden in der Welt und eine Entwürdigung der Menschen (...) Wir werden einen ausreichenden und zentral geführten Zivilschutz auch deshalb einrichten, weil er ein ganz wesentlicher Bestandteil einer der Abschreckung und Kriegsverhinderung dienenden militärischen Verteidigungsbereitschaft ist."

FAP-Europa-Kongreß geplant

Zum Auftakt des Europawahlkampfes will die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" am 13. Mai im Raum Celle einen außerordentlichen Bundesparteitag durchführen. Die Bundes-FAP rechnet mit etwa 300 Teilnehmern, darunter auch einer Delegation der "Wikingjugend" und internationalen Gästen. Der Veranstaltungsort soll bis Pfingstsamstag geheim bleiben, um von Gegendemonstranten nicht gestört zu sein.

CDU-Übertritte zu den Republikanern

Über personellen Zulauf aus der CDU können sich die REP freuen. Zwar dementiert der Wahlfälscher von Bokel, Kurt Vajen (MdL) entsprechende Gerüchte noch halbherzig, an der Basis tut sich jedoch was. Der Hildesheimer CDU-Kreistagsabgeordnete Heinz-Dieter Fehlig trat nicht nur zu den REP über, ihm folgten angeblich auch 30 CDU-Mitglieder. In Gifhorn trat zuvor schon ein ehemaliger SPD-Kreistagsabgeordneter und jetziger CDU-Fraktions-Hospitant zu den REP über. Er wurde aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen. Auch die Uni Hannover hat nun ihren REP. Am Fachbereich Erziehungswissenschaften schloß sich der Haushaltswissenschaftler (?) den Schönhuber-Faschisten an.

Wehrsportlager der "Nationalistischen Front"

Vom 21. Juli bis 31 Juli 1989 führt die NF ein "4. Ausbildungszeltlager" für ihre Mitglieder und Sympathisanten durch. Im Vorjahr fand dieses Wehrsportlager auf dem einschlägig bekannten Gelände des "Freundeskreises Filmkunst" in Hetendorf/Lüneburger Heide statt. Bereits am 20. Mai veranstaltet die NF unter dem Motto "Alles Große steht im Sturm" ein "Norddeutsches Treffen".
Vor einem größeren Kreis von Neonazi-Aktivisten und -Gruppen will u.a. der "Generalsekretär der NF", Meinolf Schönborn, über Ziele und Arbeitsmethoden der Organisation referieren. Stattfinden soll dieses Nazi-Treffen im Großraum Minden/Porta Westfalica.

Wehrsportgruppe ausgehoben

Nach monatelanger geheimdienstlicher Observation schlugen Staatsanwaltschaft und Polizei am 9. 4. 89 gegen die Wehrsportgruppe *Mündener Stahlhelm-Bund* zu. Zwanzig Wohnungen in Münden, Hannover und Hessen wurden durchsucht, 15 Verdächtige vorläufig festgenommen, Schußwaffen, Sprengstoff, Mitgliedslisten und Nazipropaganda beschlagnahmt. Die Göttinger Staatsanwaltschaft wirft den Neonazis die Erprobung von Anschlägen auf "Einrichtungen des Staates" vor. Möglicherweise gehen zu Lasten dieser Gruppe Anschläge auf Bundesbahneinrichtungen im südniedersächsischen Raum. Unter den Festgenommenen war ein 21-jähriger Bereitschaftspolizist, welcher vom Dienst suspendiert wurde, sowie zwei Zeitsoldaten, die weiter ihren Dienst tun. Einer von ihnen dient beim Mündener 2. Pionierbataillon. Von dieser Einheit soll jener Sprengstoff stammen, mit dem sich vor einigen Jahren der Göttinger Neonazi Ingo K. selbst in die Luft sprengte.

13. Mai 1989: NPD provoziert in Göttingen

Nun traut sich die NPD wieder. Vor 10 Jahren ging ihr Stand auf dem Göttinger Markt in kürzester Zeit in die Brüche. Seitdem wagten sich die Neofaschisten nicht mehr zu Großkundgebungen nach Göttingen. Im Windschatten rechtsradikaler Wahlerfolge will dieN P D nun am 13.5.89 eine Kundgebung zur Europawahl organisieren.
Die Stadt tendiert zu einer Verzögerungstaktik, wird sich aber entscheiden müssen. Der DGB ruft nämlich — unter Verzicht auf eine formelle Aktionseinheit — zu einer Demo um 11.00 Uhr ab G e - werkschaftshaus sowie einer Kundgebung um 12.00 auf dem Marktplatz auf. Anderen Kräften wird gnädig erlaubt sich hieran zu beteiligen. Grüne, Autonome und Unabhängige aus dem Antifa-Bereich veranstalten "Antinationalistische Aktionswoche im Mai" und rufen zur Verhinderung der NPD-Provokation auf. Die NPD hat vorsichtshalber für den gleichen Tag noch Kundgebungen in Northeim und Bad Gandersheim angemeldet.

Schlesiertreffen in Hannover

Zum 24. Mal findet am 1. und 2. Juli 1989 das sogenannte Deutschlandtreffen der Schlesier statt. Es steht unter dem Motto "Schlesien in Hannover - Für unser Schlesien". Was sich hinter diesem Motto verbirgt, wird durch Herbert Hupka, dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, im Aufruf zum Deutschlandtreffen verdeutlicht: "Schlesien, ein Teil Deutschlands in seinen rechtmäßigen Grenzen".
Insbesondere die Wochenzeitung "Der Schlesier", bis 1985 "offizielles Organ der Landsmannschaft Schlesien", danach bis Dezember 1988 "Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Schlesien" und neuerdings ohne diese Unterzeile, dient als Klammer zwischen Revanchisten und Neonazis.
Im dem Pamphlet "Wehr Dich!" Nr.7 vom April 1989 wird gleich zweimal direkt auf den "Schlesier" Bezug genommen. Ein Artikel ist mit der demagogischen Frage "Waren es wirklich 6 Millionen?" überschrieben und endet mit der Feststellung: "Soldat im Volk und `Der Schlesier` erheben die Frage: Warum erinnert man sich nicht jedes Jahr an fast 3,5 Millionen in Rußland ermordeter Juden?"
In der gleichen Ausgabe von "Wehr Dich!" findet sich ein Artikel mit der Überschrift "Beste Soldaten der Welt - Zitate gesammelt von `Der Schlesier` 10/89"; eine Lobhudelei der faschistischen Wehrmacht.
"Wehr Dich!" wird herausgegeben vom Kühnen-Intimus und Altnazi Berthold Dinter, der als Organisator von Gedenkfeiern am Heß-Grab in Wunsiedel von sich reden Machte. Jetzt ruft er zum Deutschlandtreffen der Schlesier nach Hannover auf: "... Die CDU und die CSU können ungehindert ihr antideutsches Geschwätz an potientielle rechte Wähler (!) anbringen. Die CDU/CSU kann ihre Wunden lecken. Daher meinen wir, die Rechte sollte auch dieses Jahr (!) - wie schwach oder stark auch immer - wieder in Hannover präsent sein. `Wehr Dich!` wird ebenfalls Beobachter entsenden."

"36. Tage Volkstreuer Jugend"

Nach Hetendorf (Kreis Celle) lädt wie schon in den vergangenen Jahren die Wikingjugend über Pfingsten zum Zeltlager ein. Erneut haben sich Gäste von "FAP" und "Nationalistischer Front" angesagt. Das mehrtägige Lager dürfte rund 400 Faschisten aller Altersstufen anziehen. Auf dem Programm stehen neben erbaulichen Vorträgen und Fahnenappellen auch Wehrsportübungen und Kleikaliberschießen. Da mit Protesten der Linken gerechnet wird, sollen "FAP" und "NF"-Kader den Schutz der überwiegend jugendlichen Teilnehmer übernehmen. Ebenfalls vom 13. bis 15. Mai 1989 will der NPD-nahe "Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ) sein "36. Bundespfingstlager" in der Nähe von Kassel abhalten.



Rolf Bode

Eine neue Rechtspartei

Der organisierte Rechtsradikalismus ist in der Bundesrepublik wieder parlamentsfähig. Die Wahlergebnisse von Bremen, West-Berlin und Hessen signalisieren, daß eine Rechtspartei neben der Union Chancen hat, auch bei der Bundestagswahl 1990 die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Dies gilt es zu verhindern, da die Herausbildung einer eigenständigen Rechtspartei mittelfristig erhebliche politische Gefahren birgt.

Welche der verschiedenen rechtsradikalen Parteien sich möglicherweise dauerhaft neben der Union etablieren, ist noch nicht abzusehen. Ähnlich wie in der Weimarer Republik, wo die Nazis auch lange Jahre in Konkurrenz zu anderen rechtsradikalen Gruppierungen standen, ringen zur Zeit NPD, DVU und Republikaner um die Hegemonie im rechtsradikalen Lager. Welche dieser Parteien sich durchsetzen wird, ist relativ unerheblich. Denn sie sind sich politisch-programmatisch in jeder Hinsicht ähnlich. Für die Republikaner gilt der kleine Unterschied, daß sie gefährlich-erfolgreich den Schein bürgerlicher Reputierlichkeit zu wahren versuchen.

Die jüngsten Wahlerfolge des organisierten Rechtsradikalismus signalisieren keine Rechtswende in der Bundesrepublik. Im Gegenteil: Sie sind die Kehrseite der Erfolge des in den vergangenen Jahren erfreulich gewachsenen demokratischen Potentials in der Bundesrepublik.

Dank der Aktivitäten der Friedens- und Ökologiebewegung, die in erheblichem Maße bewußtseinsverändernd wirkten und dank des aktiven Widerstands von Teilen der Gewerkschaftsbewegung (Streiks um 35-Stunden-Woche ...) ist das Projekt der "Wende" vielfältig abgeschwächt und an seiner vollen Entfaltung gehindert worden. Die regierende Rechte hat sich nicht in dem Maße als durchsetzungsfähig erwiesen, wie sie in ihren Parolen versprochen hat. Sie mußte nicht zuletzt wegen der Veränderungen auf der internationalen Bühne (Gorbatschows Perestroika, ökonomisches Interesse des Kapitals an östlichem Markt und Rohstoffressourcen ...) inkonsequent lavieren. Eine pragmatische Ostpolitik enttäuschte die mit kräftigem Antikommunismus rechtsaußen geweckten Hoffnungen ebenso wie die mit rassistischen Untertönen betriebene Ausländerhetze ("Scheinasylanten") quer steht zur ökonomisch notwendigen Integration ausländischer Arbeitskräfte. Hinzu kommt, daß die Union bei ihrer Aussiedler-Politik von der eigenen deutschtümelnden Ideologie eingeholt wurde.

Die "Volkspartei" CDU hat wachsende Schwierigkeiten ihre erstaunliche Integrationskraft zu bewahren, mit der es ihr über Jahrzehnte gelungen ist, unterschiedliche Segmente bürgerlicher Schichten (von Herz-Jesu-Sozialisten über Liberale, Konservative bis hin zu Alt- und Neu-Faschisten) zusammenzuhalten und politisch zu bedienen. Mögen diese Schwierigkeiten gegenwärtig auch mit dem Verlust der Mehrheitsfähigkeit der Union verbunden sein, so besteht doch kein Anlaß zur Schadenfreude. Denn bisher war/ist das relevante rechtsradikale Potential in die Union integriert. Das hat all zu häufig zur Folge gehabt, daß rechtsradikale Forderungen sich in ein demokratisches Mäntelchen hüllen konnten/können. Das hatte/hat aber auch den Vorteil, daß das rechtsradikale Potential immer mit anderen innerparteilichen Gruppierungen um Einfluß und politische Durchsetzungsfähigkeit ringen mußte/muß. Das wirkte/wirkt wie ein Filter. Gelingt es einer Rechtspartei die bisher relative Leere am rechten Parteienrand zu füllen, dann fällt dieser Filter weg. Schamgrenzen werden fallen. Und der rechte Flügel der Union erhält Schubkraft von außen.

Mit einer eigenständigen Rechtspartei werden die Einflußmöglichkeiten des Rechtsradikalismus auf Politik und Gesellschaft wachsen. Die sowieso schon erhebliche Organisations- und Agitationskraft des Rechtsradikalismus (siehe das Presseimperium des Dr. Frey) dank staatlicher Parteienfinanzierung weiter gestärkt. Dies trifft auf eine bereits virulente Neigung (siehe die Debatte selbst in liberal-konservativen Medien über dieRepublikaner als Koalitionspartner der Union),sich mit einer parlamentsfähigen Rechtspartei abzufinden und zu arrangieren.

Anders als etwa in Italien, wo das faschistische MSI seit Jahren außerhalb des "Verfassungsbogens" politisch-kulturell isoliert ist, ist eine solche Ausgrenzung in der Bundesrepublik nichtselbstverständlich. Im Gegenteil hat die Bundesregierung be-reits erkennen lassen (Beispiele sind ihre unnachgiebige Haltung im RAF-Hungerstreik oder die Verschärfungen des Ausländerrechts), daß sie sich des organisierten Rechtsradikalismus als Alibi bedient, um ihrer Politik Nachdruck zu verleihen. Die drohende Perspektive ist, daß der organisierte Rechtsradikalismus "sich aus einem Appendix der herrschenden Politik in eine seinerseits treibende Kraft verwandelt; man wird sich auf ihn berufen", hat Werner Hoffmann anläßlich der Erfolge der 60er Jahre prognostiziert. Dies gilt auch heute.

Als "treibende Kraft" wird eine neue Rechtspartei um so erfolgreicher auftreten können, je mehr sich die ökonomischen Rahmenbedingungen verschlechtern. Die nächste Krise ist nach sieben Jahren Wachstum nur noch eine Frage der Zeit. Die gefährliche Dynamik, die der Rechtsextremismus schon jetzt vor dem Hintergrund des Skandals von über 2 Millionen Erwerbslosen entfaltet, wird mit wachsender Arbeitslosigkeit noch mehr Schubkraft bekommen. Gleichzeitig werden zwar auch linke/gewerkschaftliche Massenbewegungen Auftrieb bekommen, interessierte Kapitalgruppen werden diesen jedoch mit einer eigenständigen Rechtspartei ein viel größeres Einschüchterungspotential entgegenstellen können, als es eine innerhalb der Union integrierte und gefilterte Rechte wäre.

Die Rechte wird um so mehr Erfolge haben, je lauer und wenig entschieden die rot-grüne Opposition/Regierung ihre gegenwärtigen Chancen nutzt.



Jürgen Trittin

Rechtsschwenk oder Offenbarung?

Nach Bremen mit der Liste D in der Bürgerschaft, nach Westberlin mit den REP im Abgeordnetenhaus nun Hessen mit der NPD im Frankfurter Rat und den REP in zwei Wahlkreisen, stellt sich die Frage: Gibt es einen neuen Rechtsschwenk in der Bundesrepublik? Ich will im folgenden begründen, warum ich diese These nicht teilen kann.

1. Die politischen Kräfteverhältnisse dieser Republik haben sich in der Bilanz nicht nach rechts verschoben. Mit den Wahlergebnissen der faschistischen Gruppen haben sich im Gegenteil vielerorts parlamentarische Mehrheiten links von der CDU durchsetzen können. Diese Mehrheiten beruhen aber — wie in Frankfurt und Westberlin — nicht auf gesellschaftlichen Mehrheiten, sondern vielfach auf den Besonderheiten des Wahlrechts (5 % Hürde) — sind also nicht Ausdruck einer gesellschaftlichen Kräfteverschiebung nach links. Die mit dieser Entwicklung einhergehende relative Konsolidierung der Grünen bei Wahlen kann in diesem Zusammenhang kaum als Beleg für die konservative These von der zunehmenden Polarisierung zwischen links und rechts gelten, unterscheiden sich die Motive der Wahlentscheidung doch erheblich.

2. Die Wahlerfolge faschistischer Gruppierungen sind allerdings Beleg für die Erosion in der Mehrheitsfähigkeit von CDU und CSU. Hierdurch wurde — im Wege des Protestwahlverhaltens — jenes faschistoide Potential offenbar, welches sozialwissenschaftliche Umfragen schon vor Jahren bei mindestens 20 % der Bevölkerung festmachten. Diese Potential hat jetzt den Mut gefunden, Farbe zu bekennen und seine Farbe ist schwarzbraun. Offenbar wurde dabei auch, was unter den sogenannten "Integration des rechten Randes der Wählerschaft" durch die Union zu verstehen war und ist: Man/Frau findet auch als FaschistIn seinen Platz in der rechten Volkspartei — wobei nicht unterschlagen werden soll, daß es sicherlich auch ehemalige SPD-WählerInnen gibt, die ihr "Herz für Deutschland" entdeckten.

3. Die Ursache für den neuerwachten Bekennermut zu faschistischem Gedankengut liegt — neben Enttäuschungen etwa des organisierten Revanchismus in der aus ökonomischen Gründen nicht vollzogenen Wende in der Ostpolitik — in einer spezifischen Kombination wirtschaftspolitischer Entscheidungen und rechter Ideologeme begründet. Die CDU an der Regierung erntet nicht nur die Folgen einer neoliberalen Politik des Sozialabbaus, sondern wird auch von der eigenen Propaganda eingeholt.

4. Ökonomische Derregulierung geht immer mit dem Ausbau des staatlichen Gewaltapparats nach außen wie nach innen einher. Damit wird ein Feindbild dringend benötigt. Der Verlust an Wirksamkeit des äusseren Feindbildes in Gestalt der UdSSR mußte von daher mit einem neuen (alten) inneren Feindbild kompensiert werden. Hierzu bot sich - insbesondere für die Stahlhelmfraktion der CDU/CSU um Dregger und Zimmermann — der latenten Fremdenhaß in Gestalt der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer, vor allem aber auch der zahlreichen Flüchtlinge an. So kann etwa das Arbeitsverbot für letztere als gezielte Maßnahme zur Anstachelung des Rassismus begriffen werden.

5. Um die Politik des Sozialabbaus, etwa im Bereich der Gesundheitspolitik oder bei der Arbeitslosenversicherung zu popularisieren, bedurfte es aber einer weiteren ideologischen Maßnahme: der Mißbrauch sozialer Leistungen wurde zum Thema. Dies war das Herzensanliegen des sogenannten liberalen Flügels der Union um die Sozialausschüsse. Bei Blüm und Geissler kam die Politik von CDU und FDP als Versuch daher, Gerechtigkeit zu schaffen. Ins Zentrum ihrer Politik rückte eine Kampagne gegen den Arbeitslosenhilfeempfänger, der in Mallorca Urlaub macht und gegen die Nachbarin, die sich nun schon die dritte Brille bei Fielmann besorgte, "ohne einen Pfennig dazuzubezahlen." Die Forderung nach Gerechtigkeit konzentrierte sich so auf die Gleichbehandlung im Schlechten. Sie ist also nicht als gesellschaftliche Gerechtigkeit, sondern als Gerechtigkeit innerhalb des unteren Drittels der Gesellschaft zu verstehen. Diese Politik führt zwangsläufig zur Erosion genau jenes Politikmodells, welches die CDU in der BRD repräsentiert und das Grundlage ihrer Existenz als Volkspartei ist: Den Anspruch auf eine — abgestufte und differenzierte — Beteiligung am wirtschaftlichen Wachstum für alle Gruppen der Gesellschaft ohne Aufhebung des Klassencharakters derselben.

6. So hat die Politik der CDU an der Regierung selbst die Grundlagen für die Reorganisation des in dieser Gesellschaft vorhandenen faschistoiden Potentials auf Wahlebene geschaffen:

"Faschisten verwandeln die reichlich vorhandenen Mißstände in dieser Gesellschaft programmatisch in eine Krise der Nation ... Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, AIDS, Inflation interessieren sie einzig unter dem Aspekt des Versagens der Staatsführung."

Hieraus folgt für eine antifaschistische Politik, daß sie sich nicht darauf beschränken darf, faschistische Gruppen verbieten zu wollen. Wenn die Ursache für die Offenbarung des faschistoiden Lagers in der genannten Kombination ideologischer Motive wie wirtschaftlicher Entwicklungen zu suchen ist, dann ist es notwendig, genau dies zu thematisieren und dabei deutlich zu machen, daß die angegebenen Lösungsmöglichkeiten nur vorgebliche sind. Dies wird nur überzeugend gelingen, wenn für die drängenden Probleme der Zwei-Drittel-Gesellschaft tatsächliche Lösungen, wenn politische Alternativen angeboten werden.

7. Der jetzt erfolgten Offenbarung des faschistischen Potentials dieser Gesellschaft, kann eine Rechtswende folgen, wenn der von einer in den Parlamenten etablierten faschistischen Partei ausgehende Veränderungsdruck auf CDU wie SPD diese weiter nach rechts treibt. Inwieweit diese Etablierung gelingt, wird sich in den kommenden Monaten bis zur Bundestagswahl zeigen. Hierbei haben wir allerdings noch ein Wörtchen mitzureden. Packen wir's an!

Eckart Spoo

Die strammen Rechten aus Niedersachsen

In den Kreistagen von Gifhorn und Hildesheim verließen im April 1989 zwei Abgeordnete die Fraktionen der CDU und agieren seitdem im Namen der "Republikaner". Sie brauchten ihre politischen Vorstellungen deswegen nicht zu ändern. In der niedersächsischen CDU fanden stramme Rechte immer Wirkungsmöglichkeiten und Unterstützung. Daran ändert auch das Aufkommen der REP nichts. Im Gegenteil: Nationalistische Sprücheklopfer und Scharfmacher werden in der CDU jetzt noch mehr bestärkt als zuvor. Das geschieht mit der Begründung, daß sie davon abgehalten werden müßten, die Partei zu wechseln.

Da es mit dem Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl bergab geht, verliert die Union an Integrationskraft - wie einst am Ende der Adenauer-/Erhard-Ära, als die NPD aufkam und zeitweilig beträchtliche Wahlerfolge verbuchen konnte. Unter solchen Umständen, da die Autorität der Regierenden bröckelt, genügt manchmal schon ein kleiner persönlicher Ärger, um langjährige Gefolgsleute abspenstig zu machen. Die Partei des auf seine Waffen-SS-Vergangenheit stolzen Franz Schönhuber dient nun als Auffangbecken.

CDU-Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann warnt zwar, es wäre "besorgniserregend, wenn sich unsere Freunde radikalen Gruppen zuwenden würden", zugleich aber bescheinigt er den REP, sie ständen "eher auf dem Boden des Grundgesetzes als die Grünen". Auf dem Landesparteitag im April in Cuxhaven verweigerte er eine klare Aussage für oder gegen die Möglichkeit einer Koalition zwischen Christdemokraten und "Republikanern". Die REPs - das dürfte Hasselmanns Kalkül sein - könnten sich als Retter erweisen, wenn es der CDU nach der nächsten Wahl sonst nicht mehr zur Mehrheit reicht.

Inhaltlich gibt es keine sichtbaren Differenzen zwischen Hasselmann und führenden REP. Lebensgeschichtliche Parallelen z.B. mit Schönhuber werden sichtbar, wenn sich der niedersächsische CDU-Vorsitzende in der von ihm herausgegebenen "Niedersachsen-Zeitung" rühmen läßt, er gehöre "zu jener Generation, die von frühester Jugend in der nationalsozialistischen Jugendbewegung und beim Militär mit den klassischen Idealen von Ehre und Treue, Kameradschaft und Pflichterfüllung großgeworden und für ihre Leben geprägt worden sind". Der vom NS und von Adolf Hitlers Großdeutscher Wehrmacht geprägte Hasselmann neigt nicht dazu, diese Herkunft zu verleugnen. Vor allem gegenüber den alten Kameraden findet er immer wieder mühelos genau den rechten Ton. Als er noch stellvertretender Ministerpräsident war, hatte er z.B. Gelegenheit, im Namen der Landesregierung ein Grußwort an die in Hannover zu einem Bundestreffen versammelte "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" zu richten. Er formulierte: "Mut gezeigt und anderen ein Vorbild gegeben zu haben, sind Eigenschaften, auf die kein Staat verzichten kann. Auch und gerade der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat bedarf des mutigen, vorbildlichen Einsatzes. Ich bin tief beeindruckt vom Zusammenhalt Ihrer Ordensgemeinschaft. Sie haben in vorbildlicher Weise als Soldaten ihre Pflicht erfüllt. Dies bleibt gültig für eine nachwachsende Generation."

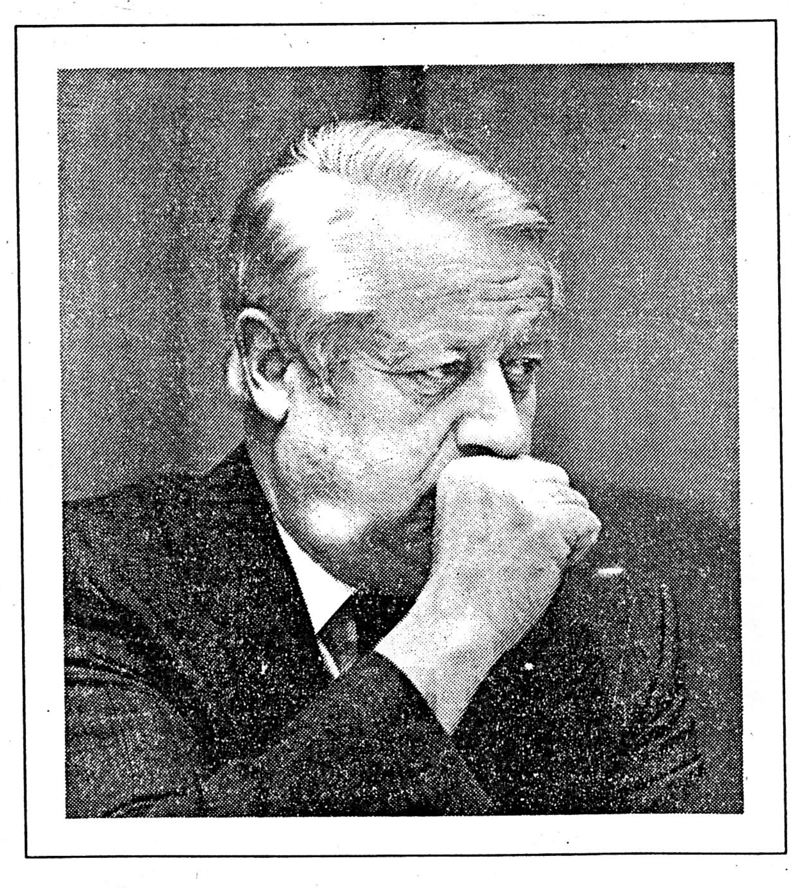
Bei der Bundeswehr setzte er die im Zweiten Weltkrieg begonnene militärische Karriere fort und brachte es bis zum Reserve-Obersten. An Uniformen und Waffen hängt sein Herz. Wenn sich der Bundeskanzler mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden trifft, warnt Hasselmann davor, "sich auf das Thema der militärischen Abrüstung einzulassen", denn "damit wäre nur dem einseitigen Machtinteresse des Ostblocks gedient". Beteiligen sich junge Menschen an Demonstrationen für die Abrüstung, dann beklagt Hasselmann den laxen Schulunterricht und die Lehrerausbildung, die "durch starke Defizite bezüglich der Objektivität gekennzeichnet" sei. Weil in der Friedensbewegung, wie er feststellen muß, oft die Bergpredigt zitiert wird, ruft er auf einem militärpolitischen Kongreß der CDU die Pfarrschaft auf, die Öffentlichkeit auf Kapitel 13 des Römerbriefes hinzuweisen: "Jedermann sein Untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat, denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott." Wo die evangelische Kirche den Probealarm der Sirenen mit Glockengeläut beantwortet, das zu Friedensandachten ruft, tadelt Hasselmann dann sogleich die "Einseitigkeit und Intoleranz gewisser Pastoren", die "immer wieder versuchen, ihren seelsorgerischen Auftrag für eine politische Agitation zu mißbrauchen." Und voller Abscheu spricht Hasselmann auf einer Pressekonferenz über niedersächsische Pfarrer, die mit Anti-Atom-Demonstranten einen Gottesdienst gehalten haben: "Von einem Pfarrer dieser Art bin ich nicht bereit, das Abendmahl zu nehmen."

In der niedersächsischen Landesvertretung in Bonn gab Hasselmann einmal vor Journalisten eine sensationelle Entdeckung gekannt: Die Kirche habe die Bibel gefälscht. "Die Brüder" hätten eine Stelle gestrichen, die schildere, wie die alten Juden mit einem besiegten Volk umgegangen seien. Die Sieger hätten es nämlich in Ziegelöfen verbrannt. Wegen dieser Streichung habe er sich "kräftig über die Brüder geärgert", tönte Hasselmann. Der Sprecher der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) antwortete, es sei "nicht das erste Mal, daß wir bei führenden Politikern, die das Wort zu religiösen oder kirchlichen Fragen nehmen, einen Abgrund von Unwissenheit feststellen müssen". Der EKD-Sprecher stellte klar: Aus der Bibel sei nichts gestrichen worden, die Kirche habe auch nichts gefälscht, sondern im Gegenteil eine falsche Übersetzung korrigiert. "Wenn freilich der Hinweis auf die unmenschlichen Kriegsmethoden vergangener Jahrtausende als Entschuldigungsgrund für die Hitler-Greuel herhalten soll, ist wohl die Frage nach der moralischen und geistlichen Qualität dieser Argumentation erlaubt. Vielleicht sollte man doch einmal überlegen, in welcher geeigneten Weise man Herrn Hasselmann ein wenig Nachhilfeunterricht erteilen könnte."

Nicht überall in der CDU kommt Hasselmann mit seinen flotten Sprüchen und Verdächtigungen gut an. Aber die Partei erträgt ihn weiterhin als ihren Landesvorsitzenden, und er nutzt die Möglichkeiten dieses Parteiamtes, um die dumpfen Vorurteile und die Feindbilder zu pflegen, mit denen er großgeworden ist.

Der Rechte Rand der CDU

Seit die CDU in Niedersachsen besteht, hat sie immer einen breiten rechten Rand mit fließenden Übergängen in den Alt- und Neonazismus gehabt. So schieden schon im ersten gewählten Landtag zwei ihrer Abgeordneten aus der Fraktion aus und schlossen sich der Sozialistischen Reichspartei (SRP) an. Indem sie dafür sorgten, daß die neugegründete neonazistische Partei im Sinne des Wahlgesetzes "im Landtag vertreten" war, ersparten sie ihr, bei der Landtagswahl 1951



für jeden Wahlvorschlag 100 Unterschriften vorlegen zu müssen. Nach der Wahl, bei der die SRP Fraktionsstärke erlangte, wollte die CDU gemeinsam mit ihr die Regierung des Sozialdemokraten Hinrich Wilhelm Kopf stürzen. Das scheiterte zunächst nur an der Weigerung der Flüchtlingspartei BHI, sich daran zu beteiligen, und dann für immer an einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die SRP als Nachfolgerin der NSDAP verbot und all ihre Mandate für erloschen erklärte. Ähnlich gestaltete sich später das Verhältnis der CDU zur NPD, mit der sie in verschiedenen niedersächsischen Orten Listenverbindungen einging oder koalierte. Nicht zufällig nahm dann im Februar 1976 der Gründer und langjährige Vorsitzende der NPD, Adolf von Thadden, im hannoverschen Central-Hotel an der Siegesfeier der CDU-Fraktion nach der Wahl Ernst Albrechts zum Ministerpräsidenten teil.

Erst die SRP, später die NPD, heute die REP. Nach deren Erfolg bei der Berliner Abgeordnetenwahl 1989 warnte der niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete Fritz Saacke vor Unionsfreunden in seinem Wahlkreis an der Weser nicht etwa vor einer wiedererwachenden faschistischen Gefahr, sondern im Gegenteil vor einer "Volksfront gegen die vorgeblich wiedererwachende faschistische Gefahr". Er empörte sich über das "Spektakel", das man jetzt erlebe, weil rechts von der CDU eine neue Partei im Aufbau sei. Und er warf auch gleich die Frage auf, ob nationale Würde für die Deutschen noch ein Thema sei.

Was verstehen solche Politiker unter nationaler Würde? Ein Beispiel gab der Stader CDU-Bezirksratsvorsitzende Wolfgang von Geldern MdB, der "Deutschland, Deutschland über alles" als Schallplatte pressen ließ und folgendermaßen kommentierte: Die Freiheit der Deutschen werde sich nicht zuletzt auch darin erweisen, wie "wir von neurotischen Bindungen an unsere jüngste Vergangenheit frei werden" und in welchem Maße "wir uns bemühen, die Mißbräuche und Schädigungen, die der Nationalsozialismus mit den ehrwürdigen Symbolen und Begriffen unserer Tradition getrieben hat, nicht zu lähmenden Komplexen werden zu lassen". Wenn jüngere CDU-Politiker wie von Geldern auf solche Weise agieren und agitieren, können manche älteren zufrieden in Ruhestand treten. Zum Beispiel Philipp von Bismarck, langjähriger Schatzmeister der niedersächsischen CDU, Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrats und Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft. Er vertritt den Standpunkt: "Die deutsche Frage muß auch deshalb offenbleiben, damit eines Tages in Europa wieder bis zum Schwarzen Meer die Freiheit herrscht."

Oder Otto Freiherr von Fircks, einst als Obersturmführer beim SS-Rasse- und Siedlungshauptamt, später in Niedersachsen CDU-MdL und -MdB. Als Vorsitzender des Museumsvereins sorgte er jetzt dafür, daß das aus Landesmitteln reichlich finanzierte "Ostpreußische Landesmuseum" in Lüneburg ein revanchistisches Geschichtsbild vermittelt.

Oder der niedersächsische CDU-Spitzen-Kandidat zur ersten Europa-Wahl, Hans-Edgar Jahn, der in seinem 1943 erschienenen Buch "Der Steppensturm - Der jüdisch-bolschewistische Imperialismus" vorher sagte: "Mit der Vernichtung des Bolschewismus wird der letzte große Versuch des Judentums nach Erringung der Weltherrschaft zerschlagen werden ... Noch nach Jahrtausenden aber wird die Menschheit und vor allem die Jugend mit

Achtung und Ehrfurcht einen Namen nennen: Adolf Hitler."

Oder Albrechts erster Justizminister, Hans Puvogel, in dessen Doktorarbeit es u.a. heißt, "nur ein rassisch wertvoller Mensch" habe "in der Volksgemeinschaft eine Daseinsberechtigung". Beim Ausscheiden Puvogels aus dem Kabinett äußerte Albrecht in einer Presseerklärung "Verachtung" gegenüber SPD-Politikern, die den Rücktritt des Ministers gefordert hatten. Viele Sozialdemokraten hätten sich deswegen "für ihre Partei geschämt", behauptete Albrecht. Daß eher er selbst und seine Partei Anlaß zur Scham gehabt hätten, kam ihm nicht in den Sinn - weder in diesem noch in irgendeinem anderen Fall.

Und gerade das ist das eigentlich Besorgniserregende: das Nie-und-nimmer-etwas-zugeben-Wollen; die Selbstgerechtigkeit; die Uneinsichtigkeit; der Tonfall der Empörung, mit dem die Existenz eines brauen Netzes, nachdem es längst entdeckt ist, dennoch geleugnet wird, solange es nur geht; das böse Gezeter über jeden, der auf solche Nester hinweist. Ähnlich reagieren die CDU-Offiziellen an vielen Orten, wenn Antifaschisten darangehen, die Ortsgeschichte im Zeitabschnitt 1933-1945 zu erforschen und wenn Forderungen gestellt werden, provozierende Relikte des Nazi-Regimes zu beseitigen, Gedenkstätten für die Opfer des Regimes zu errichten, Aufmärsche von Alt- und Neonazis zu verhindern. Selten melden sich in solchen Fällen humanistisch und demokratisch denkende CDU-Mitglieder zu Wort. Offenbar hindert sie die Angst, sich innerparteilich in ähnlicher Weise zu isolieren wie der schleswig-holsteinische CDU-Mann Graf Kerssenbrock, der sich für eine rückhaltlose Aufklärung der Barschel-("Ehrenwort!")-Affäre engagiert hat und dessen Parteikarriere daraufhin ein schnelles Ende nahm.

Hasselmann, der vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in mehreren Punkten die Unwahrheit sagte, trat zwar als Minister zurück, blieb aber CDU-Landesvorsitzender und läßt sich jetzt wie ein Held, wie ein Märtyrer bejubeln. Ähnlich verhielt sich die CDU vor Jahren in Hann.Münden, nachdem am dortigen Gymnasium ein brauner Sumpf entdeckt worden war; einen der hauptbelasteten Lehrer stellte die örtliche CDU dann demonstrativ als Stadtratskandidaten auf.

Die Gegenwart wird in der CDU so wenig bewältigt wie die Vergangenheit. Darum bringt sie auch immer wieder Nachwuchs wie den Hildesheimer Amtsrichter und langjährige Vorsitzende der Landsmannschaft Oberschlesien, Christian Stoll ("Volk ohne Raum!"), oder den Goslarer Jung-Schlesier Thomas Finke hervor, der im "Schlesier" den Einsatz der Bundeswehr empfahl, um die deutsche Nation militärisch wiederzuvereinigen. Wegen internationaler Komplikationen distanzierte sich die CDU von Finke, aber an dem Milieu, aus dem er hervorgegangen war, änderte sich nichts. Unbeanstandet blieb die vom Goslarer Kreisvorsitzenden der Jungen Union herausgegebene Jugendzeitschrift "Phönix", in der diejenigen verhöhnt wurden, die "das Vokabular historischer Dummköpfe aufgreifen und auf die zwei Weltkriege verweisen, die angeblich von deutschem Boden ausgegangen seien". Über Hitlers Reichsmarschall Hermann Göring, in Nürnberg wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt, war in dieser Jugendzeitschrift zu lesen: "Ich muß trotz allem den Mut und die Standhaftigkeit bewundern, mit der Göring zur Fahne hielt."

Nooit Meer! Nie Wieder!

Aufarbeitung der Vergangenheit als Aufklärung ist ein wichtiger Teil antifaschistischer Arbeit. Beispielhaft ist auf diesem Feld seit über sieben Jahren die deutsch/niederländische Gruppe "Nooit Meer/Nie Wieder" aktiv.
Es war im Mai 1981. Damals trafen sich in Enschede rund um die zweisprachige Ausstellung "Verzet und Widerstand 1933 bis 1945" ehemalige Widerstandskämpfer, frühere KZ-Häftlinge und junge Antifaschisten zum Erfahrungs und Meinungsaustausch. "Das kann nicht alles gewesen sein", beschreibt Rudolf Nacke die Stimmung am Ende des Treffens. Es wurde beschlossen, die grenzüberschreitenden Kontakte zu festigen und auszubauen. Am 16. Dezember 1981 wurde die Gruppe "Nooit Meer/Nie Wieder" gegründet, deren Sekretär Nacke heute ist. "Wir haben rund 170 Förderer im niederländischen Grenzgebiet und rund 100 Förderer im Emsland", beschreibt er die Gruppe, die sich auf niederländischer Seite inzwischen als gemeinnütziger Verein konstituiert hat.
"Der Zweck des Vereins ist die Zusammenfassung und Förderung aller Bestrebungen, die geeignet sind, alt- und neofaschistische Erscheinungen in all ihren Formen zurückzudrängen, sowie dem gegen die Nazi-Gewaltherrschaft geleisteten Widerstand als Verdienst um das Wohl des deutschen Volkes und Staates zu weiterer Anerkennung zu verhelfen", heißt es in der Satzung des überparteilich arbeitenden Vereins.
Den 1. September, den Anti-Kriegs-Tag, nutzt "Nooit Meer/Nie Wieder" genauso regelmäßig zu Kundgebungen und Vorträgen wie den 8. Mai, den Tag der Kapitulation von Nazi-Deutschland und der Befreiung vom Faschismus. Unter anderem wurden ehemalige Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion und Polen eingeladen. Durch die Vermittlung und Unterstützung der Gruppe kam 1985 auch der erste internationale Friedensmarsch von Enschede nach Gronau zustande, der in der holländischen Presse mit der Schlagzeile gewürdigt wurde: "Friedensmarsch heilt Kriegswunden". Die größte Anerkennung erlebte "Nooit Meer/Nie Wieder" in den Niederlanden, als sie dort mehrere Fortbildungsveranstaltungen für die Polizei mitgestalten durfte.
Auskünfte gibt und Spenden nimmt entgegen: "Nooit Meer/Nie Wieder" c/o Rudolf Nacke Kohlingstr.23 4432 Gronau-Epe

Leer

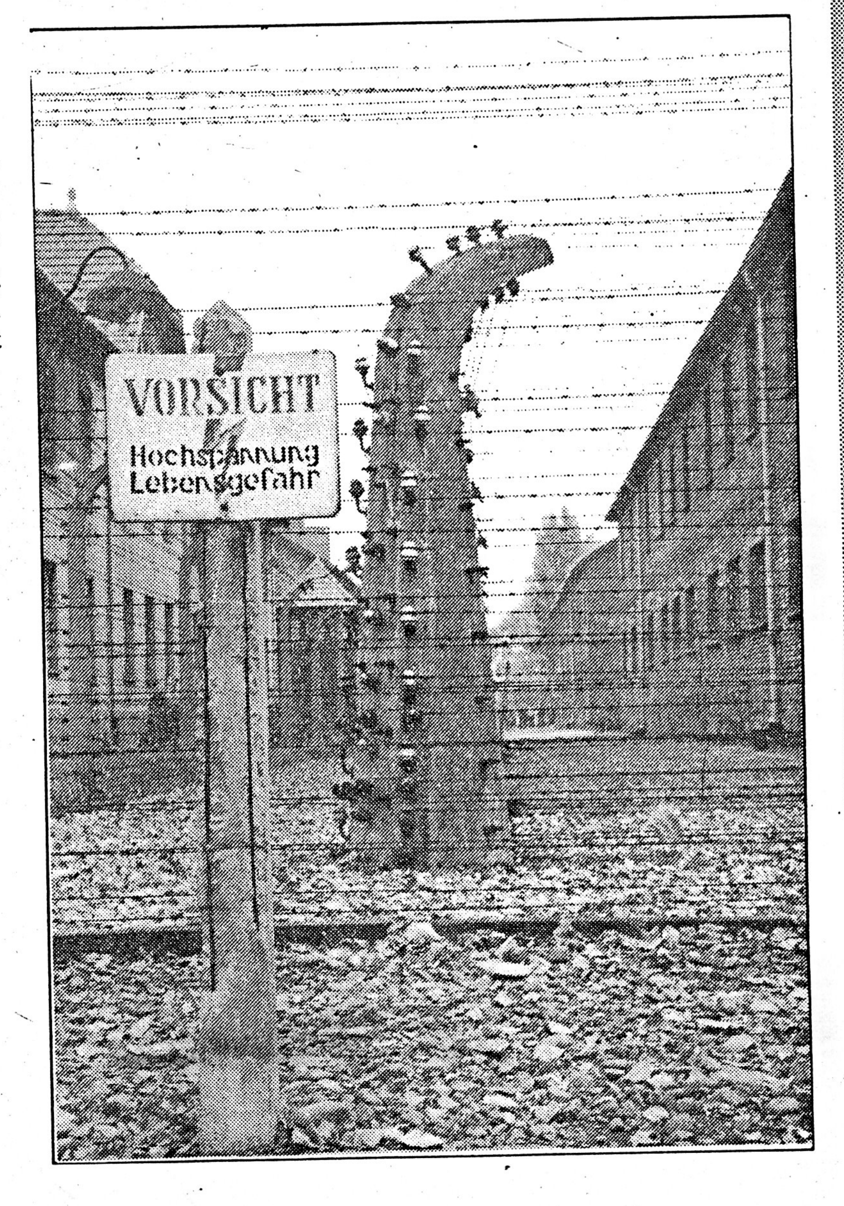
Im ostfriesischen Leer hat sich ein antifaschistischer Arbeitskreis mit dem Ziel gegründet, über Neonazismus aufzuklären und zur Abwehr neonazistischer Hetzparolen beizutragen. Initiatoren der Gründung sind IG Metall-Jugend und die VVN-Bund der Antifaschisten. Sie sahen sich durch die Herstellung der über die Post bundesweit verbreiteten Hetzschriften der neofaschistischen "DVU-Liste D" in eienr Druckerei der Stadt herausgefordert.
VVN-BdA und IG Metall-Jugend hatten Eigentümer und Belegschaft des Betriebes aufgefordert, keine weiteren Druckaufträge der Neofaschisten anzunehmen und auszuführen. Der Betriebsrat distanzierte sich von der Neonazipropaganda, verwies aber auf das Problem, zur Arbeitsplatzsicherung auf solche Aufträge angewiesen zu sein. Nach Angaben des IG Metall-Sekretärs Peter Wolf aus Leer strebt der Arbeitskreis eine gemeinsame Veranstaltung mit Betriebsrat und Geschäftsleitung der Druckerei, sowie mit einem Vertreter der IG Druck und Papier an. Dabei sollten Wege gefunden werden, damit in dem Betrieb kein weiteres Neonazimaterial mehr hergestellt wird.
Auf einer Veranstaltung am Mittwoch, dem 5. April in Leer erklärte der Prokurist der Firma Rautenberg, daß einschlägiges Material der "DVU-Liste D" und ähnlicher Organisationen nicht mehr gedruckt wird. Ein Erfolg!

Salzgitter

Mehr als 50 Vertreter unterschiedlicher Organisationen gründeten auf einstimmig verabschiedeten Resolution werden alle Jugendverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Vereine und Gruppen sowie die Schüler aufgefordert, gegen die weitere Formierung von Neonazis zu kämpfen.
Das Aktionsbündnis hat sich u.a. die Aufklärung der Bevölkerung über die neofaschistische Bedrohung, die Offenlegung aller neofaschistischen Vereinigungen in der Stadt sowie die Verhinderung weiterer Gründungen zum Ziel gesetzt.
Zur Koordination der anstehenden Aufgaben ist ein Arbeitsausschuß gebildet worden, in dem Vertreter der Falken, der IG Metall, der GRÜNEN, der SDAJ, der Jugendfreizeitstätten, der Jungsozialisten und der SPD-Betriebsgruppe Hütte vertreten sind.

Hannover: Antifaschistische Veranstaltung am 23. Mai

"Republikaner an der Hochschule" heißt eine Veranstaltung des AStA der Universität Hannover und des Bundes kämpfender Antifaschisten (BKA). Mehrere Referate beschäftigen sich mit den aktuellen politischen Entwicklungen und den im rechtsextremen Lager relevanten Organisationen. Weiterer Schwerpunkt werden der aktuelle Stand und die Perspektiven des antifaschistischen Kampfes sein.
Veranstaltungsort ist der Hörsaal 303 im Hauptgebäude der Universität, Beginn um 19.00 Uhr.



Alfred Melmster

Prozeß wegen Messerstecherei Freibrief für Neonazis

Mit einem Skandalurteil des Landgerichts Hannover endete am 20. April 1989 ein Prozeß im Verfahrenskomplex um einen Nazi-Überfall auf Besetzer des Sprengelgeländes in Hannover, bei dem ein Antifaschist lebensgefährlich verletzt worden war.

Pünktlich zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers machte die Strafkammer unter Vorsitz von Richter Gerhard Kausch ihrem Ruf, auf dem rechten Auge blind zu sein, alle Ehre: Während die Beiden u.a. wegen Totschlagsversuch und schwerem Landfriedensbruch angeklagten Neo-Nazi Michael Peuschel und Roland Boldt de facto freigesprochen wurden, machte das Gericht in seiner Urteilsbegründung das Opfer des Überfalls quasi zum eigentlichen Täter und bescheinigte den angreifenden Neo-Nazis in einer Notwehrsituation gehandelt zu haben.

"Punker und Anarchos umboxen"

In der Nacht zum 20. Februar 1988 war eine 9-köpfige Gruppe von Faschisten in die Nordstadt gezogen, um, wie sie es nannten "Punker und Anarchos umzuboxen". Nachdem der mit Messern, Knüppeln, Gaspistolen und einem Brandsatz bewaffneten Bande ein unbemerktes Eindringen auf den rückwärtigen Teil des Geländes mißlungen war, marschierten sei in Richtung Hauptzugang des besetzten Fabrikgeländes. Bereits in einer Nebenstraße waren sie jedoch bemerkt worden und hatten alarmierte Sprengel-Besucher in eine regelrechte Straßenschlacht verwickelt. In deren Verlauf mußte sich ein Teil der Nazis vor einer vermeintlichen Übermacht, des "Mobs von Autonomen" zurückziehen, andere hatten, an einem mit Bauschutt gefüllten Container verschanzt, einzelne Antifaschisten gezielt angegriffen. Dabei war ein 26jähriger Besetzer durch einen Steinwurf an den Kopf und einen Messerstich in den Rücken lebensgefährlich verletzt worden. Drei Tage nach der Tat hatte sich der als Messerstecher gesuchte Peuschel der Polizei gestellt, seine Kumpanen waren bereits im Verlauf der vorangegangenen Tage festgenommen, nach ersten Vernehmungen aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Vom Opfer zum Täter

Die nun folgende Ermittlungsarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft ließ bereits zu einem frühen Zeitpunkt erkennen, daß viel daran gesetzt wurde, den organisierten Überfall auf das Niveau einer, von den Faschisten "so nicht gewollten" Auseinandersetzung "rivalisierender Jugendgruppen" herunterzuspielen und die Angegriffenen zu den eigentlichen Tätern zu machen. Wohl auch um eine Gruppenstruktur zu vertuschen, verhinderte Staatsanwalt Trentmann, daß die neun Faschisten gemeinsam auf die Anklagebank gebracht wurden.

Bereits Anfang 1989 wurden die Verfahren gegen die als langjährige und führende Nazi-Aktivisten bekannten Bernd Klein, Stefan Bauschke und Andreas Reckling "mangels Beweise" eingestellt, obwohl sie erwiesenermaßen bewaffnet an dem Überfall teilgenommen hatten. Gegen die verbliebenen sechs Angreifer wurde Anklage erhoben, das Verfahren gegen die am schwersten Beschuldigten Peuschel und Boldt jedoch abgetrennt.

"Notwehr nicht ausgeschlossen"

Unter Vorsitz des Richters am Amtsgericht, Wessel, fand am 8. März 1989 ein Prozeß statt, der ein bezeichnendes Licht auf den Umgang der bundesdeutschen Justiz mit neonazistischen Gewalttätern wirft: Mit vereinten Kräften versuchten Angeklagte und Staatsanwalt den Tathergang zu verdrehen, eine Planung zu verleugnen und für die Angreifer eine Notwehrsituation zu konstruieren. Das der neonazistische Hintergrund nicht zur Debatte stand, und allenfalls die Bezeichnungen "Skinheads" und "rechtes Spektrum" fielen, braucht da wohl nicht mehr zu verwundern.

So war es denn auch Staatsanwalt Führer, der für alle Angeklagten Freispruch forderte, da eine "Notwehr nicht ausgeschlossen" werden könne. Verurteilt wurden schließlich Schlonsok, Maranca und Bartling wegen gemeinschaftlich versuchter Körperverletzung zu Freizeitarresten, bzw. einer halbjährigen Bewährungsstrafe, Loehnert wurde gänzlich freigesprochen.

"Das hatten wir doch alles schon"

Auf "versuchten Totschlag" u.a. lautet die Anklage gegen Michael Peruschel im zweiten Prozeß, diesmal vor dem Landgericht Hannover. Roland Boldt wurde Landfriedensbruch und schwere Körperverletzung vorgeworfen.

Folgt man der, auf den Aussagen der Neo-Nazis basierenden, Anklageschrift, so hat Peuschel den, ihn mit einem "Morgenstern" bedrohenden Antifaschisten, Uwe K. mit seinem Messer "auf Abstand halten" wollen. Als der jedoch versucht habe zuzuschlagen, habe er ausweichen, K. am Arm ergreifen und herumdrehen können. Während des Drehens hebe er ungezielt auf K. zugestochen". Anschließend hätten Peuschel und Boldt auf den am Boden Liegenden eingetreten. Dieser Version widersprechen allerdings die Angaben des Verletzten, der im Prozeß als Nebenkläger auftrat. Er konnte sich erinnern, daß er - ohne vorherige Auseinandersetzung - aus nächster Nähe einen Mauerstein an den Kopf geschleudert bekam und bewußtlos zu Boden ging. Der hinter ihm befindliche Peuschel müsse ihn dann erst das Messer in den Rücken gestoßen haben. Im Gerichtssaal identifizierte er Boldt als denjenigen, der den Stein geworfen habe. Es lag nicht nur an der Aussageunwilligkeit der als Zeugen geladenen Neo-Nazis, daß dieser Widerspruch ungeklärt blieb.

"Das interessiert hier doch garnicht"

Seinen Beitrag dazu leistete auch das Gericht unter Vorsitz von Richter Kausch; das nahezu widerspruchslos die Nazis entlastende Falschaussagen und offensichtlich aufeinander abgestimmte Angaben hinnahm. Umso vehementer versuchten die Richter den politischen Hintergrund auszuklammern: Als der Anwalt des Nebenklägers deutlich machte, daß es sich bei dem Überfall um die organisierte Aktion einer Gruppe einschlägig bekannter Neofaschisten gehandelt habe, die später als hannoversche Ortsgruppe der "Nationalen Sammlung" des Michael Kühnen mit weiteren Aktionen gegen die Bewohner des Sprengelgeländes in Erscheinung getreten war,

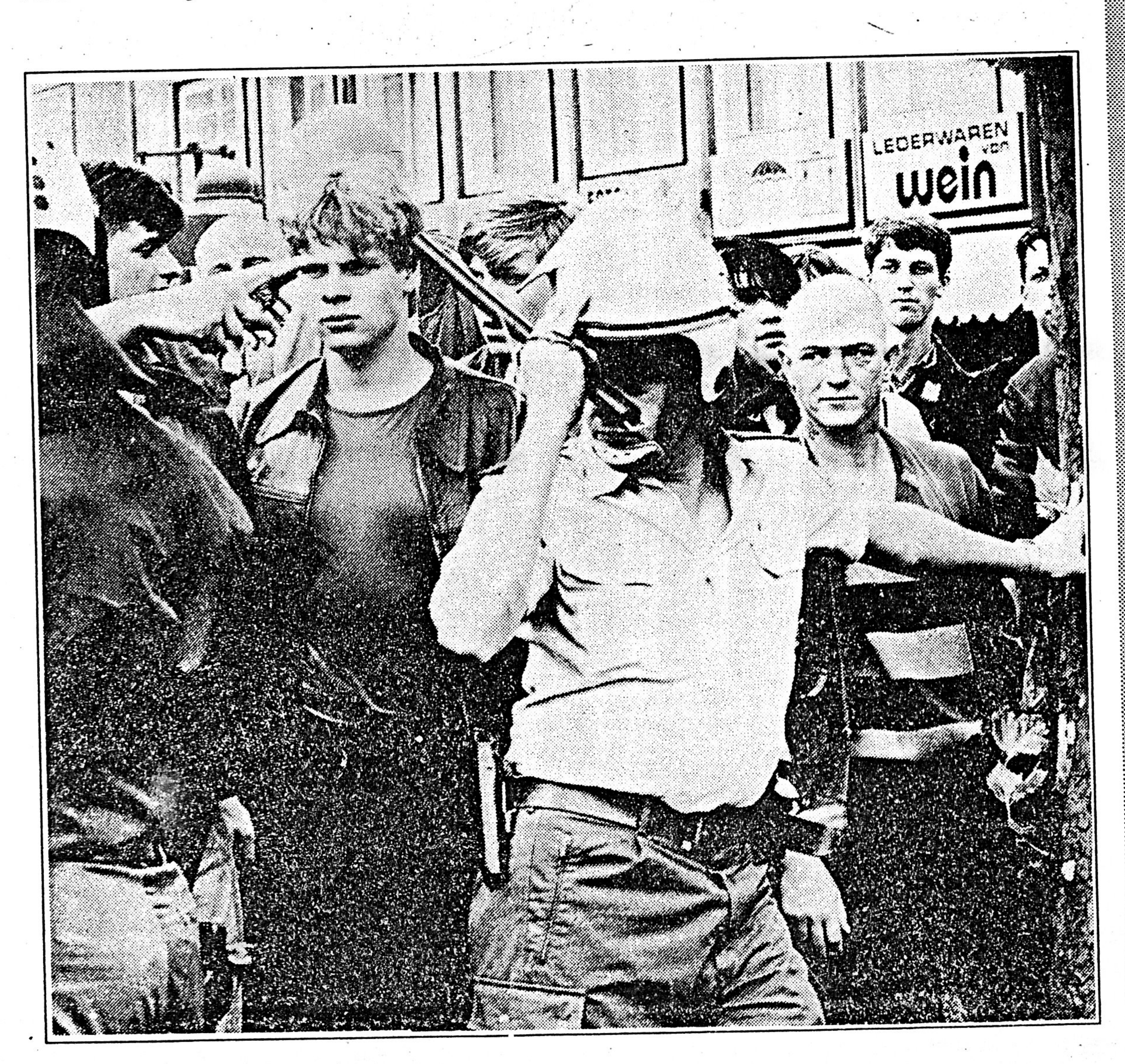
unterbrach Richter Kausch die Befragung des Angeklagten mit den Worten: "Das interessiert hier doch garnicht - das hatten wir doch alles schon bei Bornemann!" In dem Prozeß um die Ermordung des Ex-FAPlers Roger Bornemann durch seine "Kameraden", war es demselben Richter Kausch gelungen, einen offentsichtlichen Fememord zu vertuschen und zu einer unpolitischen Tat herabzuwürdigen.

Dieses Vorgehen des Gerichts wurde unterstützt durch die Strategie der Verteidiger, die beiden Angeklagten als eigentlich "brave Jungs" darzustellen, die mit Neonazis und deren Ideen nichts am Hut hätten. Nur der, durch Rechtsanwalt Uwe Rösler vertretenen Nebenklage, war es zu verdanken, daß beispielsweise Peuschels Kontakte zur FAP und der neofaschistischen Gefangenenhilfsorganisation HNG und die Beziehungen einiger Gruppenmitglieder zu der Wehrsportgruppe des Arztes Uwe Jürgens aus Bergen (Kreis Celle) ans Licht kam. In seinem abschließenden Plädoyer beschuldigte Rechtsanwalt Rösler das Gericht, durch Tolerierung von Falschaussagen und dauernde Verweise auf ein angebliches Aussageverweigerungsrecht der Nazi-Zeugen, u.a. belastende Aussagen über die Enstehung der schweren Kopfverletzung ungeklärt lassen.

"Geburtstagsgeschenk" zum 100.

Dies vermochte jedoch, ebensowenig wie die scheinbar veränderte Haltung des Staatsanwaltes, der in seinem Plädoyer auf dem ursprünglichen Anklagevorwurf beharrte und für Peuschel wegen "versuchten Totschlag und schwerem Landfriedensbruch" 3 Jahre Haft, für Boldt wegen "schwerem Landfriedensbruch" 3 Wochen Dauerarrest forderte, die offenbar vorgefaßte Meinung des Gerichts zu durchbrechen.

Richter Kausch, der angekündigt hatte, über das Urteil bereits einen Tag vor den abschließenden Plädoyers zu beraten, sprach die beiden Angeklagten am 20. April von allen Vorwürfen frei. In einer irrwitzig anmutenden Weise konstruierte er aus zweifelhaften Zeugenaussagen und eigenen Versatzstücken einen Tathergang, der alle bisherigen Ermittlungen auf den Kopf stellte und selbst den Staatanwalt verblüffte. Er bescheinigte den Angreifern, sich "trotz der verschuldeten Provokation" in einer Notwehrlage befunden zu haben und sprach Boldt frei. Nur weil "ein geringeres Maß an Verteidigung auch ausgereicht" hätte, verurteilt er Peuschel wegen "fahrlässiger Körperverletzung" zu 4 Wochen Arrest, die aber durch die fünfwöchige Untersuchungshaft abgegolten seien. Das sowohl Nebenkläger als auch Staatsanwalt gegen dieses Urteil Revision eingelegt haben, wird wohl nichts ändern an dem, was mehrere Prozeßbesucher feststellten: "Dieses Urteil ist ein Freibrief für Überfälle von Neo-Nazis!"



Wolfgang Becker

Inszenierung der Naziwelt

Es herrscht "Aufbruchstimmung" im rechten Lager. Dessen großkotzige Euphorie nährt sich auch vom Medieninteresse an den markigen Sprüchen und provokanten Bildern. Gutmeinende Redakteure tragen durch ausführliche Berichte zur maßlosen Überhöhung von Neonazis bei: Das Sensationsspektakel etwa um die Feier des 100. Führergeburtstags beschäftigte wochenlang hochbezahlte Journalisten.

Faschistische Pamphlete — in kleinen Auflagen gedruckt — wurden von der Presse aufgegriffen und in ihrer Wirkung vieltausendfach verstärkt. Die Angst vor den Aktionen der Neonazis war hausgemacht und hochgespielt. Die Leute um Michael Kühnen oder die Kader der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), verstehen es vortrefflich, Sensationsinteresse und Erfolgsdruck von Reportern für die eigenen Ziele zu nutzen. Gilt für Kühnen schon seit Jahren, daß jede Schlagzeile, und sei sie auch noch so negativ, Popularitätszuwachs und damit politischen Einfluß bringt, heißt es bei der FAP-Führung:"Wenn wir schon schlecht wegkommen in der Berichterstattung, muß wenigstens was für die Parteikasse rausspringen."

Die geforderten Honorarsätze für Fernseh-Interviews mit dem Bundesvorsitzenden Friedhelm Busse oder FAP-Generalsekretär Jürgen Mosler liegen bei tausend Mark, für einen Dreh beim norddeutschen "Gautreffen" mit anschließendem "Kameradschaftsabend" samt entsprechender folkloristischer Einlage wollte die hannoversche FAP-Größe Volker Heidel dem Fernsehen mindestens 1500 Mark abnehmen. Die Filmrechte an "Aktionen im Raum Hamburg" zum Hitler-Geburtstag bot FAP-Gebietsleiter Nord, Michael Giese, "exklusiv" für einen fünfstelligen Betrag an : Die Sache müsse für die Partei "einen positiven Nebeneffekt haben, zumindestenz in finanzieller Hinsicht".

Auch in der Bielefelder Zentrale der "Nationalistischen Front"sind Geldforderungen für Interviews normal. Doch der Umgangston mit der Presse ist rotzig:"Schicken sie ihre Fragen schriftlich", heißt es. Rigide versucht die militante Kaderorganisation die Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu steuern. Bei der von Kühnens Weggefährten Christian Worch initierten Hamburger "Nationalen Liste" (NL) wird "zur Zeit kein so großer Wert auf PR gelegt". Auf keinen Fall möchte man dort vor der Zeit als neue "Kühneninitiative" in die Schlagzeilen geraten, daß gleiche gilt auch für den Altnazi Berthold Dinter aus Rheda-Wiedenbrück und dessen "Deutsche Gemeinschaft", die mit Unterstützung der Kühnen-Leute im nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampf rechnen kann. Zugeknöpft gegenüber Journalisten gibt sich traditionell die "Wikingjugend", obwohl auch dort der kommmerzielle Nutzen des Medieninteresses erkannt ist. So fordert der Bundesführer Wolfgang Narath schon im Vorjahr vom Fernsehen "mindestens 5000 Mark" für den erwünschten Dreh im Pfingstlager in der Südheide. Am besten auf Promotion aber verstehen sich die Kühnen-Anhänger aus dem hessischen Langen. "Der Durchbruch für die Nationale Sammlung waren die Berichte von Spiegel-TV", brüstet sich Thomas Brehl, der sich dank der erlangten Popularität schon im Stadtrat sah. Und sein Mitkandidat Heinz "Nero" Reisz, Nach dem N.S.-Verbot vor laufender Kamera eines (2000 Francs zahlenden) französischen Fernsehteams zum Landesvorsitzenden der Hessen-FAP gewählt, gibt noch einen drauf: "Die Medien sind unsere beste Einnahmequelle". Dabei gerät Reisz bei den vielen Anfragen von "Fernsehteams aus aller Welt" schon mal ins Schwitzen — alle wollen Bilder von real existierenden Nationalsozialisten. Daß für ein Dutzend braunbehemdeter Jungnazis unter der Hakenkreuzfahne auch "richtiges Geld" bezahlt werden muß, ist für ihn "doch eigentlich selbstverständlich".



Was im Umgang mit Faschisten für Medienschaffende "doch eigentlich selbstverständlich" ist, haben wiederholt die Stern-Reporter Werner Poelchau und Gerhard Kromschröder vorgemacht, auf dem Foto links und rechts neben Kühnen. "Was, Sie hier?" wunderte sich der Neonazi, als ihn die Journalisten nach tagelanger Observation 1984 an einem Pariser Zeitungskiosk zur Rede stellten. Als Kühnen dann für ein Gespräch mit dem Stern Geld forderte, winkten die Reporter ab: "Dann schreiben wir eben, daß Sie ein Feigling und Geschäftemacher sind." Das Interview entstand dann kostenfrei. Kurz darauf schoben die Franzosen Kühnen in die BRD ab, wo ein Strafprozeß auf ihn wartete . . .

Die neuen, alten Nazis

Sie nennen sich selbst "bekennende Nationalsozialisten" und sehen sich in der Tradition der NSDAP. Ihre Idole heißen Hitler, Strasser und Röhm, ihre Vorbilder Hitlerjugend, SA und SS. NPD, DVU/Liste D und REP sind ihnen zu angepaßt: Neonazis in der BRD mit guten internationalen Kontakten. Um den rechten Weg und da jeder gern der Führer sein möchte, streiten sich ihre Chefs untereinander zum Teil heftig. Um Zerwürfnisse nicht weiter in die Öffentlichkeit zu tragen, unterschrieben die Anführer der wichtigsten Gruppierungen Mitte Januar 89 auf Vermittlung des Anwalts Jürgen Rieger eine Art "Waffenstillstand" und gelobten den Verzicht auf "ehrenrührige" Attacken. Einige überregional aktive Nazi-Gruppen im Überblick.

Wiking-Jugend (WJ)

Bereits in den 50er Jahren als Jugendorganisation der SRP gegründet, bildet die WJ mit ihren rund 500 Mitgliedern traditionell die Kaderschmiede für das "Völkische Lager". Unter Führung von Wolfgang Narath (Stolberg bei Aachen) und dessen Familien-Clan suchte und fand die WJ den Schulterschluß zu FAP und NF. Ihr Gauleiter Nord, Manfred Börm (Hahndorf bei Lüneburg) ist wie viele WJ-Funktionäre wegen diverser Überfälle und Gewalttaten einschlägig vorbestraft.

Freiheitliche Deutsche Arbeiter-Partei (FAP)

Die nach dem ANS/NA-Verbot ab 1984 von Kühnen-Anhängern unterwanderte Partei hat heute knapp 1000 Mitglieder. Nach einem Richtungsstreit verlor Kühnen, der die FAP offen als "taktische Verlegenheitslösung" bezeichnet, bis auf den Landesverband Hessen in der FAP alle Gefolgsleute. Unter Führung der Generalsekretäre Jürgen Mosler (Duisburg) und Volker Heidel (Hannover) und seit 11/88 mit dem ehemaligen VSBD-Vorsitzenden Friedhelm Busse (München und NL) an der Spitze wird die FAP im Juni zur Europawahl antreten.

Nationalistische Front (NF)

Als faschistische Kaderorganisation 1985 gegründet, unterhält die NF unter Führung von Meinolf Schönborn (Bielefeld) und Steffen Hupka (Hannover / Detmold) gute Kontakte zu WJ und FAP und versucht erfolgreich, bundesweit Aktivisten zu gewinnen. Derzeit baut die NF nach Bielefeld nun in Detmold ein zweites Schulungszentrum auf.

Nationale Liste (NL)

Die im März 1989 von Ursula und Christian Worch sowie Thomas "Steiner" Wulff (Hamburg) gegründete Partei soll zur künftigen überregionalen Wahlpartei der Kühnen-Anhänger werden erstmals zur Hamburger Bürgerschaftswahl 1991 antreten. Michael Kühnen selbst hat sich bei Edgar Geiss (Hechthausen bei Stade) polizeilich gemeldet und propagiert auch nach dem Verbot der NATIONALEN SAMMLUNG (N.S.) die provokative Teilnahme von Nationalsozialisten insbesondere an Kommunalwahlen. Ein Aktionsschwerpunkt seiner "Gesinnungsgemeinschaft Neue Front" Langen soll jetzt Rheda-Wiedenbrück (NRW) sein.

Die Erben im Rampenlicht



Grußworte



Dr. Werner Holtfort, hannoverscher Landtagsabgeordneter der SPD, Ehrenvorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwälte-Vereins(RAV):
"Über die andauernden Gefahren des Rechtsextremismus aufzuklären, ist eine ständige und drängende staatsbürgerliche Aufgabe. Ich freue mich deshalb über die neue Initiative dieses antifaschistischen Informationsdienstes für Niedersachsen."



Es ist sehr wichtig, daß ein Zeitung erscheint, an der viele (oder alle) antifaschistischen Gruppen und Initiativen mitarbeiten, um aus verschiedenen Positionen heraus die leser über Faschismus und Neofaschismus zu informieren. Vor allem was dagene zu tun ist und getan werden muß, damit die Demokratie nicht wie z.B. am Ende der Weimarer Republik kaputt gemacht wird. Um der Demagogie einer rechten Politik nicht anheim zu fallen, kann eine antifaschistische Zeitung eine ganz wichtige Funktion übernehmen. Ich wünsche dem Zeitungskollektiv eine erfolgreichen Start.
Gertrud Schröter
Vorsitzende
der VVN/BdA Niedersachsen



"Wenn Menschen als weniger wertvoll oder wertlos eingestuft werden, wenn ausländische MitbürgerInnen zu Sündenböcken gestempelt und für wirtschaftliche und soziale Mißstände verantwortlich gemacht werden, wenn Neofaschisten gewalttätig werden, dann ist die Demokratie in Gefahr, dann ist es dringend notwendig aufzustehen, aufzuklären und Stellung zu beziehen. Euer Vorhaben über DEN RECHTEN RAND und über diejenigen, die sich als Demokraten ausgeben aber durch ihr Reden und Handeln den Neofaschismus gesellschaftsfähig zu machen, zu berichten, wünsche ich viel Erfolg.
Edelgard Buhlman, SPD,MdB



"In einer Zeit, in der ein Wiederaufleben des Rechtsextremismus — wie es sich sowohl in der Gesinnung und Denkweise der Menschen, als auch in der neuen Organisationskraft manifestiert — unübersehbar wird, ist die Herausbildung eines Bündnisses aller demokratischen und antifaschistischen gesellschaftlichen Gruppen unerläßlich. Einem Publikationsorgan dieser ange-Kooperation kommt eine zentrale Bedeutung zu."
Elcin Kürzat-Ahlers



"Informationen
Bewußtsein
Wissen
— Voraussetzung für gemeinsames Handeln gegen den schwarz-braunen Mief auf allen Ebenen.
— Für selbstbestimmte, multikulturelle Lebensformen, internationale Freundschaft und Solidarität.
In diesem Sinne wünsche ich dem Projekt viel Erfolg mit dem Versprechen aktiver Unterstützung!
Euer
Gerd Bornemann
Antifaschist aus Hannover





"Die Abwehr der Neonazis wird von vielen gesellschaftlichen Gruppen versucht; für Menschen in der Kirche sollte das Christenpflicht sein. Wie das allerdings sachgerecht zu geschehen hat, darüber herrschen durchaus Unsicherheiten. Von daher erscheint mir das geplante Info zur Verteidigung unserer Demokratie, gegen die Faschisten in höchstem Maße geboten.
Hartwig Hohnsbein, Pastor, Wolfsburg